

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister **Hubert Aiwanger hat seine erste Regierungserklärung** mit dem schlagkräftigen Titel „Bayerisches Aktionsprogramm Energie“ gehalten. Seine Kernbotschaft: Er möchte die



Energiewende in Bayern mit rund 70 Einzelmaßnahmen weiter ankurbeln. Dafür hat er von uns viel Zuspruch geerntet. Aiwanger ist es binnen eines Jahres gelungen, der lange vernachlässigten Energiewende in Bayern neuen Auftrieb zu geben. Er setzt nicht nur eine Stromwende in Gang, sondern auch eine Wärme- und Verkehrswende – um die ökonomischen Chancen der Energiewende gebündelt zu nutzen. Das Maßnahmenpaket des Wirtschaftsministeriums umfasst unter anderem Investitionen in die Kraft-Wärme-Kopplung, die Digitalisierung der Stromversorgung und der Wasserstoffwirtschaft, eine „Bayerische Landesagentur für Energie- und Klimaschutz“ und Initiativen für Solarthermie, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie sowie für Bio- und Windenergie. Außerdem sollen erneuerbare Energien dezentral und schneller ausgebaut werden, um so deutlich mehr klimafreundliche, sichere und saubere Energie aus der Heimat für die Heimat zu produzieren. Begrüßenswert ist, dass Bürger, Kommunen und Unternehmen als wesentliche Erfolgsfaktoren in die Energiewende miteinbezogen werden sollen. Der Wirtschaftsminister folgt damit eng dem langjährigen Kurs von uns FREIEN WÄHLER. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir eine energiepolitische Zukunftsstrategie entwickelt, die durch Verzahnung aller erneuerbaren Energien, leistungsstarken Speichern und intelligenten Netzen die wichtigste Voraussetzung für das



Der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei seiner ersten Regierungserklärung im Plenum des Landtags.

Der Wirtschaftsminister folgt damit eng dem langjährigen Kurs von uns FREIEN WÄHLER. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir eine energiepolitische Zukunftsstrategie entwickelt, die durch Verzahnung aller erneuerbaren Energien, leistungsstarken Speichern und intelligenten Netzen die wichtigste Voraussetzung für das

Gelingen der Energiewende in Bayern schafft.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- Repräsentative Ultrafeinstaubmessungen in Bayern
- Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe
- Bessere Bezahlung von 2.000 Lehrerinnen und Lehrern
- Modellprojekt „Saatkrähen-Management“
- Lärmschutz entlang der bayerischen Bahnstrecken
- Auswirkungen der neuen EU-Eigenkapitalregeln
- Erhalt des steuerlichen Querverbunds
- Bilanz: Ein Jahr in der Staatsregierung

R ü c k b l i c k

Wir werten es als großen Erfolg, dass der Freistaat Bayern **Ultrafeinstaub-Messungen** in Angriff nimmt und den Flughafen in die Überlegungen für das Messnetz einbeziehen will. Unser entsprechender Antrag fordert die Staatsregierung auf, Messungen im Umfeld des Flughafens München zu prüfen. Das wird geschehen, falls der Abschlussbericht eines Forschungsvorhabens des Umweltbundesamtes am Flughafen Frankfurt relevante Ultrafeinstaub-Belastungen ergeben sollte. Wir FREIE WÄHLER hatten das Thema bereits 2017 mit einer Expertenanhörung auf die Agenda des Landtags gesetzt. Jetzt, in Regierungsverantwortung, können wir eine Monitoring-Strategie für Ultrafeinstaub angehen. Umweltminister Thorsten Glauber stellt dankenswerterweise die Mittel für die hierzu erforderlichen komplexen Messgeräte im Haushalt bereit – mit Messstellen in München, Augsburg und Regensburg. Zudem wurde das Landesamt für Umwelt beauftragt, in einem auf drei Jahre angelegten Projekt die Zusammensetzung der ultrafeinen Partikel zu erforschen. So bringen wir Licht ins Dunkel, denn über die Gesundheitsgefahren der mikroskopisch kleinen Teilchen ist noch wenig bekannt. Gerade deshalb haben wir uns hartnäckig dafür eingesetzt, dass auch am größten bayerischen Flughafen Messungen durchgeführt werden.

Hartnäckigkeit haben wir auch bei der **Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe** bewiesen. Jetzt liegt das Konzept von Kultusminister Piazzolo vor – und es kann sich mehr als sehen lassen. Vor allem ist es ein wichtiger Schritt auf unserem Weg, für mehr Vertiefung, mehr Schwerpunkte und mehr Wahlangebote am bayerischen Gymnasium zu sorgen. Durch die Si-

cherung einer breiten Allgemeinbildung und die Einführung eines Leistungsfachs als interessens- und begabungsgerechte Vertiefungsmöglichkeit wird ein alltagsnaher und gleichzeitig umfassender Kompetenzerwerb am Gymnasium sichergestellt. Mit dem Leistungsfach setzt der Kultusminister nicht nur unsere Forderung nach mehr Wahlmöglichkeiten um, sondern trägt auch dem ausdrücklichen Wunsch der Schulfamilie nach mehr individueller Profilschärfung der Schüler Rechnung. Indem das Leistungsfach die individuellen Begabungen und Interessen der Schüler fördert, werden diese noch besser auf die zunehmend komplexere Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet. So werden beste Voraussetzungen geschaffen, um die Berufs- und Studierfähigkeit zu fördern und damit zu einer Absenkung der Studienabbruchquoten und zur Sicherung qualifizierter Fachkräfte beizutragen. So verstehen wir FREIE WÄHLER verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Bildungspolitik!

Einen Teilerfolg konnten wir bei der Bezahlung von Grund- und Mittelschullehrern erreichen: Der Ministerrat hat entschieden, durch Beförderungen von rund 2.000 Lehrerinnen und Lehrern für eine bessere Bezahlung und damit für die Stärkung des Berufs zu sorgen. Die Aufgaben der Lehrkräfte werden an allen Schulen anspruchsvoller: Durch Integration, Inklusion und eine zunehmend heterogene Schülerschaft sind die Lehrkräfte mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Grund- und Mittelschullehrkräfte sind von dieser Entwicklung besonders betroffen und leisten dennoch tagtäglich herausragende Arbeit. Für uns FREIE WÄHLER ist klar, dass sich dieses Engagement perspektivisch auch in einer höheren Besoldung widerspiegeln muss. Durch das jetzt beschlossene **Stellenhebungsprogramm** mit einem Gesamtvolumen von zwölf Millionen Euro Jahreskosten kommt der Ministerrat unserer Forderung nach einer gleichberechtigten Eingangsbesoldung aller Lehrämter mit A13 einen ersten wichtigen Schritt entgegen. Dank gilt dafür allen voran Kultusminister Piazzolo, der sich für diese Anhebung starkgemacht hatte.

Und noch einen Erfolg konnten wir erringen: Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner rücken wir der wachsenden Überpopulation von Saatkrähen in Bayern zu Leibe. Mit dem **Modellprojekt „Saatkrähen-Management“** werden wir FREIE WÄHLER Best-Practice-Beispiele erarbeiten, wie mit dem wachsenden Problem umzugehen ist. Denn seit einigen Jahren nehmen die von Saatkrähen im Freistaat verursachten Schäden ständig zu. Besonders betroffen sind neben der Landwirtschaft, die bei der Aussaat und beim Obst teils erhebliche Verluste zu beklagen hat, auch besiedelte Gebiete. Bisherige Maßnahmen bringen vor Ort oft nicht den gewünschten Erfolg, außerdem

stehen Saatkrähen unter dem Schutz der Europäischen Vogelschutzrichtlinie. Sollte die Populationsentwicklung weiter steigen und die Arterhaltung damit garantiert sein, machen wir uns dafür stark, dass sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene für eine Änderung des Schutzstatus der Saatkrähe einsetzt. Denn Vogelschutz darf nicht höher als die berechtigten Interessen der Menschen bewertet werden.

Eingesetzt haben wir uns auch für den **Lärmschutz entlang der bayerischen Bahnstrecken**. Denn wir wollen den Güterverkehr erfolgreich und im großen Stil von der Straße auf die Schiene verlagern. Doch dazu ist die Akzeptanz von Anwohnerinnen und Anwohnern an Bahnstrecken der wichtigste Schlüssel. Deshalb wollen wir die modernsten und effizientesten Lärmschutzmaßnahmen einrichten – in den Ballungszentren wie im ländlichen Raum. Der Lärmschutz entlang einer Bestandstrasse muss bereits vor dem Bau einer Neubaustrecke verbessert werden – und zwar auf demselben Niveau, wie er für Neubaustrecken gilt. Die Bundesregierung setzt bereits wichtige Impulse für Forschung, Entwicklung und Markteinführung innovativer Lärmvermeidungstechniken und leiserer Güterwaggons. Wir FREIE WÄHLER fordern, dass der Bund zudem die Anschaffung moderner Triebwagen und Lokomotiven sowie die Modernisierung älterer Fahrzeuge durch einen Innovationsbonus unterstützt.

Wichtig ist uns auch, dass die **Auswirkungen der neuen EU-Eigenkapitalregeln** jetzt genauestens geprüft werden. Denn die Folgen für Bayern sind nicht unerheblich – IHKs und Handwerkskammern schlagen bereits Alarm. So schätzt die Deutsche Bundesbank, dass sich durch Basel III der Kernkapitalbedarf deutscher Banken um durchschnittlich 23,7 Prozent erhöhen wird. Außerdem strahlen strengere regulatorische Anforderungen an den Finanzsektor auch auf unsere Realwirtschaft aus – Bankkredite werden teurer. Doch gerade im Zeichen des derzeitigen konjunkturellen Abschwungs darf die Mittelstandsfinanzierung nicht weiter unter Druck geraten. Deshalb haben wir FREIE WÄHLER sofort gehandelt und fordern die Staatsregierung gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auf, den Belangen der deutschen Wirtschaft bei der Umsetzung von Basel III auch auf europäischer Ebene Rechnung zu tragen. Die von der EU-Kommission angekündigte Basel III-Auswirkungsstudie muss daher alle Regulierungsmaßnahmen – auch die schon umgesetzten – berücksichtigen.

Stark gemacht haben wir uns auch für den **Erhalt des steuerlichen Querverbunds**. Denn dieser stellt eine bedeutende Finanzierungssäule für die kommunale Daseinsvorsorge dar. Schließlich lässt sich nicht alles, was für

gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern wichtig ist, von Städten und Gemeinden leicht finanzieren. Im Gegenteil: Bürgermeister, die etwa ihr städtisches Schwimmbad oder einen attraktiven ÖPNV am Leben erhalten wollen, machen oft Schulden – besonders im ländlichen Raum. Ein steuerlicher Querverbund ermöglicht es unseren Kommunen bisher, diese strukturellen Verluste unter bestimmten Voraussetzungen mit steuerlicher Wirkung der Gewinne aus anderen Bereichen zu verrechnen. Der Europäische Gerichtshof wird demnächst entscheiden, ob Steuerbegünstigungen für solche dauerdefizitären Tätigkeiten kommunaler Eigengesellschaften gegen die Beihilfenregelung der Europäischen Union verstoßen. Vor dem Hintergrund dieses bedeutsamen EuGH-Verfahrens fordern wir die Staatsregierung auf, sich an der Seite der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der steuerliche Querverbund Bayerns Kommunen dauerhaft erhalten bleibt.

Eine vernünftige, nachhaltige und bürgerliche Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nach pragmatischen Lösungen sucht: Mit diesem Ziel waren wir FREIE WÄHLER vor rund einem Jahr angetreten, um Regierungsverantwortung zu übernehmen. Bei einer Pressekonferenz im Landtag haben wir eine **Bilanz der vergangenen zwölf Monate** gezogen. Die Erfolge der Koalition können sich sehen lassen – die Entfristung zahlreicher Lehrerstellen, die weitgehende Beitragsfreiheit für den Kita-Besuch und ein Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge gehen auf das Konto von uns FREIEN WÄHLERN. Wir haben uns einen Namen als pragmatische Problemlöser gemacht und scheuen uns auch nicht, unangenehme Themen aufzugreifen. Mit guter Standortpolitik kämpfen wir um die Dominanz bei wichtigen Zukunftstechnologien und auch in der Bildungspolitik konnten wir bereits wichtige Akzente setzen. Im kommenden Jahr wollen wir den Fokus wieder stärker auf die Leistungsträger der Gesellschaft legen. Denn alle jene Menschen im Freistaat, die täglich zur Arbeit pendeln, Ehrenämter übernehmen und ihre Kinder großziehen, sind die Säule unserer Gesellschaft – und diese gilt es zu stärken. Außerdem wollen wir mehr Artenschutz in die Fläche bringen und den Klimaschutz ankurbeln, damit der Freistaat bis spätestens 2050 klimaneutral wird. Fest steht: Wir wollen Kurs in der politischen Mitte halten – und so der Stabilitätsanker für die Staatsregierung bleiben.

Impressum

Abgeordnetenbüro Anna Stolz
Alte Bahnhofstraße 4
97753 Karlstadt
E-Mail: buero@mdl-annastolz.de
